

NEWTICKER

Ausgabe 1 / 2018

20. April 2018

Wir Privaten.
Ihre Pflegeprofis.

DIW: Stundenentgelte in der Altenpflege steigen seit 2012 stärker als in der Gesamtwirtschaft

bpa Arbeitgeberpräsident Rainer Brüderle zu einer Studie des DIW

Zu einer vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im Wochenbericht 16/2018 veröffentlichten Studie „Sozialwesen: ein rasant wachsender Wirtschaftszweig“ erklärt bpa Arbeitgeberpräsident Rainer Brüderle:

„Das DIW führt in seiner Studie eine eindrucksvolle Entwicklung der Altenpflege auf. So heißt es dort, dass die Wirtschaftsleistung im Sozialwesen, zu dem insbesondere die ambulante und stationäre Altenpflege sowie die Kinder- und Jugendhilfe gehören, sei zwischen 1991 und 2015 überdurchschnittlich gestiegen: um 140 Prozent. In der gesamten Wirtschaft seien es 40 Prozent gewesen. Die Zahl der Beschäftigten habe sich in diesem Bereich seitdem fast verdoppelt, während sie in der gesamten Volkswirtschaft lediglich um elf Prozent gestiegen sei. Seit 2012 spiegele sich die Nachfrage nach qualifizierten Kräften vor allem im Bereich der Pflege auch in stärker steigenden Löhnen wider. Sie seien seitdem stärker als in der Gesamtwirtschaft gestiegen.“

Das sind beeindruckende Zahlen. Sie machen deutlich, dass die Altenpflege längst kein Nischensektor mehr ist, sondern ein wichtiger Player in der Wirtschaft und in der Gesellschaft ist.

Trotzdem stehen wir noch vor großen Herausforderungen. Den Lohnabstand zu anderen Branchen ist aufgrund des Qualifikationsmixes in der Altenpflege noch eine beeinflussende Größe. Einen ganz erheblichen Teil trägt dazu aber die Politik bei. Das sage nicht nur ich, sondern das bescheinigt auch das DIW. Denn der Versuch der Politik, die Beitragssätze in der Pflege niedrig zu halten, ziehe eine Deckelung der Preise und damit der Löhne im Sozialwesen nach sich. Wer also höhere Löhne fordert, muss jetzt auch endlich liefern. Die Politik muss endlich sagen, was ihr und der Gesellschaft insgesamt die Pflege wert ist. Darauf muss die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode Antworten finden.

Die Vorstellung der Politik, höhere Löhne lösten alle Probleme ohne selbst Finanzierungsfragen zu lösen, die nur sie lösen kann, sei eines ins Stammbuch geschrieben: Tarifliche Einheitslöhne für alle bedeuten zunächst allein höhere Kosten für gleiche Leistungen oder weniger Leistungen für die gleichen Kosten. Denn bei einem gleich großen Kuchen mit immer größer werdenden Stücken bleiben am Ende weniger Stücke für Wenige übrig.

Die Studie finden Sie hier.